

## **ANTRAG**

**der Fraktion DIE LINKE**

### **Energiewende nicht verschlafen**

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass Mecklenburg-Vorpommern hervorragende Voraussetzungen hat, einen wichtigen Beitrag im Rahmen der Energiewende für die gesamte Bundesrepublik zu leisten.
- II. Der Landtag erklärt, dass der politische Wille in Mecklenburg-Vorpommern dafür vorhanden und deshalb zügiges und konsequentes Handeln möglich und notwendig ist.
- III. Die Landesregierung wird aufgefordert, spätestens zur Landtagssitzung im September 2012 einen Masterplan zur Umsetzung der angekündigten Energiepolitik vorzulegen. Der Masterplan soll insbesondere enthalten:
  1. Maßnahmen und Zeitplan für die einzelnen Schritte der Energiewende im Land;
  2. Maßnahmen zur Effizienzsteigerung und Einsparung beim Energie- und Rohstoffeinsatz;
  3. Zielkennzahlen und davon abgeleitete Maßnahmen für den Zuwachs an erneuerbarer Energie auf der Basis verschiedener regenerativer Energieträger,
  4. Schwerpunktbestimmung für eine zielgerichtete Förderung von Forschung, Entwicklung und Praxisüberführung der Ergebnisse im Energie- und Verkehrsbereich;
  5. Schritte zur Schaffung der notwendigen gesetzlichen und/oder anderen Voraussetzungen, um die dezentrale Energie-/Wärmeerzeugung und -versorgung unter der Teilhabe von Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürgern zu ermöglichen bzw. zu stärken;
  6. Maßnahmen und notwendige gesetzliche und/oder andere Voraussetzungen, um die angekündigte „Politik im Dialog“ umzusetzen.

IV. Der Landtag unterstützt die Landesregierung bei allen Vorhaben, das zögerliche und die Energiewende gefährdende Vorgehen der Bundesregierung zu durchbrechen.

**Helmut Holter und Fraktion**

**Begründung:**

Seit Monaten hört der Landtag nichts als Ankündigungen in Energiefragen. Nicht nur die Bundesregierung, sondern auch die Landesregierung setzt die Energiewende nicht konsequent um. Spätestens ein Jahr nach der Wahl des 6. Landtages müssen konkrete Maßnahmen auf den Tisch. Das ist originäre Aufgabe der Landesregierung. Deshalb erwartet der Landtag, dass die Landesregierung bis zum September dieses Jahres einen entsprechenden Masterplan vorlegt.